

Blutskandal

Kommen noch Hilfsleistungen für HCV-Infizierte?

Noch vor wenigen Jahren gab es in Teilen der Union offene Unterstützung für die Entschädigung HCV-infizierter Blutskandal-Opfer – doch in Zeiten eines Gesundheitswesens unter Spardruck scheint man sich nun davor zu scheuen. Die Betroffenen kämpfen weiter um Anerkennung, doch ihre Zeit wird immer knapper.

von [Natascha Koch](#)

veröffentlicht am 08.04.2026

Michael Diederich war acht Jahre alt, als er sich aufgrund eines verunreinigten Blutproduktes, auf das er wegen seiner Hämophilie-Erkrankung angewiesen war, mit dem **HI-Virus** und vermutlich auch **Hepatitis C (HCV)** ansteckte. Er ist nur einer von vielen Betroffenen des sogenannten „**Blutskandals**“ und erhält qua **HIV-Hilfegesetz (HIVHG)** seit 1995 monatliche Hilfsleistungen. Die Begründung: Schon zum Zeitpunkt der Bluttransfusionen sei ein Pasteurisierungsverfahren, das Viren unschädlich machen konnte, bekannt und zugelassen gewesen. Trotzdem wurden weiterhin kontaminierte Proben verabreicht – ein Systemversagen also, für das der Bund durch die Stiftung „**Humanitäre Hilfe für durch Blutprodukte HIV-infizierte Personen**“ aufkommt.

Anders sähe es aus, wenn sich Michael Diederich nur mit HCV infiziert hätte, denn dann wären für ihn keine Hilfsleistungen vorgesehen. Das versucht Diederich zu ändern: Schon seit einigen Jahren fordern er und andere Betroffene eine Erweiterung des HIVHGs auf HCV-Infizierte – oder ein eigenes **HCV-Hilfegesetz**. Laut eigenen Angaben war Diederich unter dem vorherigen Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) auf einem guten Weg, diese Forderung umgesetzt zu sehen: Als Teil der Deutschen Hämophiliegesellschaft und als damaliger Vorstand des Verbands der Opfer des Blutskandals (VOB) organisierte er Mitte 2024 eine Impulsveranstaltung mit **parteiübergreifender Beteiligung**. Im Anschluss wurde von allen Beteiligten ein

Schreiben aufgesetzt, das dem Bundesgesundheitsministerium (BMG) mit **Bitte um einen gemeinsamen Termin** zugeschickt wurde.

Das damals noch von der SPD geführte Ministerium sagte selbst, dafür sehe es keinen Handlungsbedarf (<https://background.tagesspiegel.de/gesundheit-und-e-health/briefing/haemophiliegesellschaft-fordert-hcv-entschaedigung>). Mit dem Bruch der Ampel-Koalition knapp zwei Monate später musste Diederich dann noch einmal ganz von vorn anfangen – und zumindest unter **Gesundheitsministerin Nina Warken** (CDU) scheint eine Umsetzung seiner Forderungen nicht wahrscheinlicher.

Früher große Unterstützung, heute Ablehnung

Mitte März lud Diederich zu einem **digitalen fraktionsübergreifenden Treffen** ein, um für seine Forderung zu werben. Geladen waren Abgeordnete aller Parteien außer der AfD, es erschienen Vertreter der SPD, Linken und Grünen. Aus der Union hingegen schaltete sich niemand dazu – der CSU-Abgeordnete **Stephan Pilsinger** hatte ursprünglich zugesagt, doch sagte wegen eines Termins kurzfristig ab.

Pilsinger, selbst Hausarzt, war in der vergangenen Wahlperiode für die CDU/CSU-Bundestagsfraktion als Berichterstatter für Themen rund um Blut zuständig – und hatte sich für die HCV-infizierten Opfer des Blutskandals stark gemacht: „Während die bisherige britische Regierung sowohl den unverschuldet HIV-Infizierten als auch den HCV-Infizierten **Entschädigungen in Milliardenhöhe** zukommen lassen will, bügelt die deutsche Bundesregierung die noch lebenden Opfer des Blutskandals mit Verweis auf alte Maßnahmen einfach mal so ab“, sagte er noch Mitte 2024, (<https://background.tagesspiegel.de/gesundheit-und-e-health/briefing/keine-hilfen-fuer-hepatitis-c-infizierte>), als das damalige BMG auf die **von ihm initiierte Kleine Anfrage** mit Bitte um eine umfassendere Entschädigung von HIV- und HCV-Infizierten nach britischem Modell ablehnend antwortete.

Nun aber wurde das Thema innerhalb der Unionsfraktion an den baden-württembergischen Abgeordneten **Axel Müller** abgegeben. Noch Mitte letzten Jahres hatte Michael Diederich zu ihm Kontakt aufgenommen – jedoch ohne Erfolg. Müller sei ihm „von der ersten Sekunde an“ mit einer „aggressiven Haltung“ begegnet, schildert Diederich in einem **Brief an Bundeskanzler Friedrich Merz** (CDU). „Er behandelte uns wie Schmarotzer, die einfach nur Geld haben wollen. Jedes Argument und jeder Beweis wurden für nichtig erklärt.“ Weiter schreibt Diederich, Müller habe gedroht, die Unterstützung für die Opfer des Blutskandals in seiner Partei zu **unterbinden**. Erst

wenn Warken sich der Sache der HCV-Infizierten annehme, stehe er „nicht mehr im Weg“.

Sinneswandel in der Union?

Pilsinger selbst verwies auf Anfrage von Tagesspiegel Background auf Axel Müller, da das Thema ihm obliege – auch wenn er zum Zeitpunkt der Anfrage noch „**aus alter Verbundenheit**“ an dem Gespräch mit Herrn Diederich teilnehmen wollte. Müller schreibt hingegen auf Anfrage, er könne zu den geschilderten Ausführungen von Herrn Diederich „**keine inhaltliche Stellung nehmen**“, da er „aus vertraulichen Gesprächen“ im Rahmen seines Mandats grundsätzlich nicht berichte. Das Schreiben an Bundeskanzler Merz sei ihm **nicht bekannt**.

Dennoch nehme er mittlerweile ein „strukturelles Problem“ wahr: „Immer besser organisierte Gruppen, Initiativen und Verbände tragen sehr nachdrücklich **Einzel- und Partikularinteressen** an die Politik heran“, schreibt Müller. „Das führt nicht selten dazu, dass ‚die Politik‘ Erwartungen weckt und Zusagen in Aussicht stellt, von denen absehbar ist, dass sie so **nicht halt- oder finanzierbar** sind – oft nur, um für einen Moment Ruhe zu haben.“ Dem verweigere er sich „konsequent“; er gebe stets eine „**ehrliche und im Einzelfall sicher auch unerfreuliche Antwort**, statt Versprechen, die ich nicht verantworten kann.“

Auch die Antwort des Bundeskanzleramts auf Michael Diederichs Schreiben liegt Tagesspiegel Background vor. Darin heißt es, die Bundesregierung **bedauere**, „dass Patientinnen und Patienten durch Blutprodukte mit dem HC-Virus infiziert wurden“. Wie Diederich aber bereits wisse, „besteht laut Gerichtsentscheidungen keine **staatliche Verpflichtung** zu einer Entschädigung oder humanitären Hilfe“.

Disput um Verpflichtung

Ein Schreiben des BMG erlaubt in diese Argumentation einen noch tieferen Einblick. In einer **schriftlichen Stellungnahme** an Diederich schreibt es, dass es sich bei den Zahlungen im Rahmen des HIVHG's weder um „Leistungen der sozialen Mindestsicherung noch Entschädigungsleistungen“ handle, sondern um „**freiwillige staatliche Hilfeleistungen** in Anerkennung der **Belastung** durch die unverschuldet erlittene HIV-Infektion und deren Folgen“. Eine Gensequenzierung des HC-Virus sei erstmalig 1989 gelungen; eine Testung auf HCV wurde somit erst 1992 verpflichtend. Die Gefahr einer Übertragung von HCV sei damals zwar als Risiko bekannt gewesen, aber:

„Der Umstand, dass wissenschaftliche Neuerungen und die Entwicklung risikoärmerer Arzneimittel und Therapien für viele Menschen zu spät kommen, weil sie zeitlich nicht mehr hiervon profitieren können, begründet **keinen Anspruch auf staatliche Entschädigung.**“

Klar wird aus beiden Schreiben: Die finanzielle Unterstützung HCV-Infizierter steht derzeit nicht auf der Agenda der Union. Angesichts des ohnehin **auf Sparsamkeit angewiesenen Gesundheitssystems** lassen sich Zahlungen in Millionenhöhe schließlich nur schwer rechtfertigen. SPD-Abgeordneter **Serdar Yüksel**, der zum digitalen Treffen Diederichs erschien, glaubt aber trotzdem daran, dass die Bundesregierung hier aktiv werden muss – und ist der Meinung, Hilfsleistungen wären für den Haushalt kein großer Einschnitt. „Wir sprechen hier von einem möglichen Fonds von **20 Millionen**“, sagte Yüksel. „Angesichts des enormen Leids und der irreversiblen Schäden, die den Menschen zugefügt wurden, wäre dies ein **notwendiges Zeichen der Anerkennung.**“

Risiko war Staat eigentlich bekannt

Von einem Gerichtsweg, um eine Entschädigung durchzubringen, wird den Betroffenen abgeraten: Denn eine **klare Kausalität** zwischen den verunreinigten Blutprodukten und der HCV-Infektion lässt sich nicht eindeutig herstellen. Der einzig denkbare Weg wäre eine Entscheidung zur Bereitstellung **humanitärer Hilfe** seitens des Staates, so wie bei HIV. Auch Michael Diederich darf rechtlich bei seinen Hilfsleistungen durch das HIVHG nicht von „Entschädigungen“ sprechen.

Doch nur weil eine Kausalkette vor Gericht keinen Bestand hätte, heißt das nicht, dass dem Staat keine Verantwortung zukomme, findet etwa **Historiker Tobias Arndt**. Er konnte durch die Einsicht in historische Akten bereits vor über drei Jahren (<https://background.tagesspiegel.de/gesundheit-und-e-health/briefing/viele-hepatitis-c-infektionen-waren-vermeidbar>) darlegen, dass eine mögliche Übertragung von Hepatitis durch Blutprodukte schon **1970 auf die Tagesordnung** des Bundesministeriums für Jugend, Familie und Gesundheit gesetzt und in einer **extra geschaffenen Arbeitsgruppe des Bundesgesundheitsamts** diskutiert wurde. Dennoch wurden in den 1970er und 1980er Jahren sogenannte **Faktor-VIII-Produkte**, also Medikamente zur Blutgerinnung, massenhaft weitergegeben.

Insofern ist es aber korrekt, dass eine Nachverfolgung, wer sich wann genau mit welchem Blutprodukt ansteckte, heute fast unmöglich ist. Das liegt auch an der **mangelnden Aufarbeitung** im Nachgang des Skandals. Wie viele Menschen sich insgesamt

infizierten, ist zum Beispiel bis heute unklar; Schätzungen belaufen sich auf **4500 Hämophile**, sowie mehrere Tausend transfundierte Patienten. Da Hepatitis C lange symptomfrei verläuft, entdeckten viele Betroffene ihre Diagnose zu spät, um sie adäquat behandeln zu können. Wie viele heute noch leben, ist ebenfalls nicht leicht zu beziffern – viele Opfer leiden heute an Spätfolgen der Infektion, wie einer **Leberzirrhose** oder **Leberkrebs**.

Noch lange kein Aufgeben

Manch ein Politiker munkelt, dass nur deshalb Hilfsleistungen vermieden werden, weil man erwarte, dass die Opfer ohnehin bald sterben. Michael Diederich glaubt, die Tatsache, dass HIV und HCV derart unterschiedlich behandelt worden sind, liege unter anderem an der **Öffentlichkeit**, die HIV in den 1980ern und -90ern erlebte. Die Krankheit sei aufgrund der damit einhergehenden öffentlichen Gesundheitskrise in den Achtzigern schlichtweg **präsender** gewesen, und man habe damals, als es noch keine Heilung für HIV gab, nicht erwartet, dass die Opfer besonders lange leben würden – deshalb habe eine finanzielle Unterstützung gedrängt, so Diederichs Vermutung. Die Stiftung wurde damals bis 2004 befristet; erst 2017 erhielt das HIVHG lebenslange Gültigkeit, 2019 trat die Dynamisierung der Hilfsleistungen in Kraft.

Ihm gehe es bei seinem Engagement vor allem um die **medizinische Hilfe** – Pflegeheime, Unterstützung bei psychischer Belastung oder Geld für teure Medikamente –, die vielen HCV-Infizierten noch fehlten. Immer häufiger müsse er dabei zusehen, wie bekannte Betroffene zu krank werden, um sich für ihre eigene Entschädigung einzusetzen – oder versterben.

Perspektivisch glaubt man, dass der Erfolg einer Entschädigungsforderung am wahrscheinlichsten ist, wenn sie **aus dem Parlament** kommt. Ein entsprechender **Antrag** wird deshalb überparteilich diskutiert. Und: Auch in der Union gibt es noch immer Unterstützer der HCV-Infizierten. Für Diederich ist das ein Hoffnungsschimmer, wenn auch ein kleiner: „Ohne diese Hoffnung hätte ich keine Kraft mehr zu kämpfen.“

Verwandte Themen

[Blutskandal](#)[Hepatitis](#)